

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 19. Mai 2016, 19.00 Uhr, Rathaussaal

Vorsitz: Paul Koller, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrats 43
Mitglieder des Gemeinderats 7
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber
Barbara Wiedmer, Gemeindeschreiberin (Protokoll)

Entschuldigt
abwesend: Robin Bauer
François Chapuis
Daniela Gueniat
Jürg Meier Obertüfer
Roger Scherer
Hermann Steiner
Thomas Wolf

Thomas Sigrist, Schulpflegepräsident

- Traktanden:
- 1 Protokoll der Sitzung vom 17. März 2016
 - 2 Kreditabrechnung von Fr. 15'355'453.10 (inkl. MwSt.) für die Aufstockungen dreier Schulhäuser und bauliche Anpassungen in der Schulanlage Margeläcker und von Fr. 420'228.95 (exkl. MwSt.) für die Photovoltaikanlage der Schulanlage Margeläcker (2015-0799)
 - 3 Postulat der Fraktion FDP vom 24. Juni 2015 betreffend Aufzeigen der Kosten von Vorstössen; Bericht des Gemeinderats mit Antrag auf Abschreibung (2015-0573)
 - 4 Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Dezember 2014 betreffend gestaffelte Schulraumplanung im Hinblick auf die Nutzung „Gluri Suter Huus“; Rückzug (2014-1174)
 - 5 Postulat Benz Andreas, CVP, vom 10. September 2015 betreffend Sportplätze – Planungssicherheit für unsere Wettinger Vereine; Überweisung (2015-0835)
 - 6 Postulat Scherer Kleiner Leo, WG, vom 15. Oktober 2015 betreffend Abklärung der Strahlenbelastung im Falle eines plötzlichen und vollständigen Versagens im Atomreaktor Beznau-1; Überweisung (2015-0935)
 - 7 Postulat Fraktion CVP und Reinert Marie-Louise, EVP, vom 17. Dezember 2015 betreffend „Zukunft der Blasmusik-Kultur in Wettingen“; Überweisung (2015-5839)

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie zur 17. Sitzung in dieser Legislaturperiode. Ein spezieller Gruss gilt wie immer den Gästen auf der Tribüne. Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind. Zu unserer Sicherheit ist Adj Michael Krassnig anwesend. Weiter begrüsse ich die Damen und Herren der Presse. Wir sind froh, dass Sie die Bürgerinnen und Bürger jedes Mal über unsere Aktivitäten umfassend informieren.

Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit wieder einmal auf unsere Gemeindeordnung und unser Geschäftsreglement hinweisen. Dort sind die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen wie Motion, Postulat, Interpellation und Kleine Anfrage sehr genau umschrieben. Wie ich gehört habe, ist der Gemeinderat an der Vorbereitung eines Infoblatts, woraus ersichtlich ist, wann welches Instrument am Sinnvollsten ist. Ich danke dem Gemeinderat bereits jetzt für die Ausarbeitung dieses Dokuments.

0 Mitteilungen

0.1 Rechtskraft

Die Beschlüsse der Sitzung vom 17. März 2016, welche dem fakultativen Referendum unterstanden, sind nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist in Rechtskraft erwachsen.

0.2 Tischauflagen

- Flyer Blues-Festival Baden
- Neue Sitzordnung (Austritt Martin Spörri aus der Fraktion SP/WettiGrünen)

Es wird eine Liste in Umlauf gebracht, wo sich die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte für den NAB Cup 2016 vom 17. Juni 2016 und das Fussballturnier am Wettiger Fäscht am 2. Juli 2016 eintragen können.

0.3 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

0.4 Neueingänge

a) Motion Merkli Michael, BDP, vom 19. Mai 2016 betreffend Erhalt der Wettinger Lebenskultur (gegen massive Zunahme des Fluglärms)

Antrag:

Der Gemeinderat setzt sich aktiv beim Kanton und Bund dafür ein, dass der heutige Lärmpegel in Wettingen wegen Fluglärms nicht massiv ansteigt. Er bekämpft jegliche Änderungen im Betriebsreglement des Flughafens Zürich, welche die Volksgesundheit sowie die Lebensweise der Wettinger Bevölkerung massiv beeinträchtigen wird. Er überprüft bei Änderungen des Betriebsreglements des Flughafens Zürich, ob die Immobilienwerte in Wettingen infolge der Anpassung an Wert verlieren und setzt sich bei einem negativen Ergebnis dafür ein, dass diese Änderungen gestrichen werden.

Begründung:

Das UVEK hat dem Flughafen Zürich die Plangenehmigung für eine Kapazitätserweiterung (Schnellabrollwege) erteilt. Diese geschaffenen Mehrkapazitäten werden vor allem dazu genutzt, den HUB des Flughafens Zürich auszubauen, somit wird er immer mehr ein Umlade-Flughafen. Diese grössere Belastung von Natur und Mensch hat keine positiven Auswirkungen auf die ökonomischen und steuerlichen Begebenheiten in den Nachbarkantonen von Zürich. Nur Zürich erhält dank Mehreinnahmen mehr Geld in die Staatskasse.

Sollte das neue Betriebskonzept in der geplanten Art umgesetzt werden, würde Wettingen massiv verlieren. Der Gemeinderat soll sich daher aktiv nach seinen Möglichkeiten in dieser und zukünftigen Änderungen des Betriebsreglements dafür einsetzen, dass Wettingen nicht massiv an Lebensqualität verliert.

Die Entwicklungsmöglichkeiten von Wettingen (Wettingen Ost) sind durch das neue Betriebskonzept gefährdet. Es kann nicht im Interesse der Schweiz sein, dass grosse Bevölkerungsteile der Schweiz massiv unter dem Ausbau des Flughafens leiden, nur damit mehr Passagiere von München, Stuttgart etc. nach Zürich fliegen, um dann von dort zum eigentlich gewünschten Ziel weiterzufliegen.

Immobilienwerte in Gefahr: Ob die Hauseigentümer eine Entschädigung erhalten infolge Minderwert durch den Flughafen Kloten (Wertverlust durch Fluglärm), ist nach den letzten (April 2016) Gerichtsurteilen sehr fraglich.

Bund will alleine entscheiden: Das Ziel ist es, dass Flughäfen und Flugplätze nach dem Willen der Landesregierung optimiert werden. Einen Vorgeschmack haben wir erhalten, als wegen Bauarbeiten in Kloten wir nicht über die Tiefflieger informiert wurden. Auch hier muss der Gemeinderat sich für die Interessen der Bevölkerung in Bern einsetzen und versuchen zu verhindern, dass Bern alleine über uns entscheidet.

In Wettingen sollte es auch in Zukunft möglich sein, ohne schalldichte Fenster leben zu können oder im Eigi ohne Gehörschutz zu wandern.

b) Dringliche Interpellation Fraktion SP/WettiGrünen und Fraktion EVP/Forum vom 19. Mai 2016 betreffend Umstrukturierung und Personalabbau Friedhofgärtner und Bestattungswesen

Verschiedenen Aussagen zufolge werden die Mitarbeitenden der Friedhöfe bereits heute einer Umstrukturierung unterzogen.

1. Was bewegt die Verwaltung dazu, schon vor den Ergebnissen der LOVA 2 eine Umstrukturierung vorzunehmen?
2. Wird Personal abgebaut?
 - a) Wenn ja, mit welcher Begründung?
 - b) Wenn ja, wie werden die Personalabgänge aufgefangen?
3. Was waren die Resultate der LOVA 1 in Bezug auf den Friedhof und das Bestattungswesen?

c) Interpellation Merkli Michael, BDP, vom 19. Mai 2016 betreffend Indirekte Steuererhöhung

Durch die Eigenmietwert-Korrektur nach oben hat nicht nur der Kanton Aargau, sondern auch Wettingen indirekt mehr Steuern eingenommen. Wettingen hat somit ohne eigenes Zutun mehr Einnahmen durch Steuern erhalten.

Wie hoch sind diese Mehreinnahmen im Moment? Was würde es für Wettingen finanziell bedeuten, wenn die Petition der Eheleute Richner Erfolg hätte und die Steuererhöhung wieder zurückgenommen werden müsste oder im Aargau die Härtefallregel eingeführt würde, wie hoch wäre dann der jeweilige ca. geschätzte Betrag, den die Gemeinde im Budget wieder durch andere Massnahmen ausgleichen müsste?

Gemäss dem Gesetz über den Ausgleich der Aufgabenverschiebungsbilanz sowie über die Übergangsbeiträge (AVBiG) und andererseits dem Gesetz über den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden (FiAG), möchte der Kanton die Kantonalen Steuern um 3 % anheben und empfiehlt im Gegenzug den Gemeinden, die durch diese Steuererhöhung entstandenen Mehreinnahmen wieder durch Steuersenkung zu kompensieren.

Meine Frage: Ist es in Wettingen geplant, diese Kompensation wie vom Regierungsrat empfohlen vorzunehmen oder plant man den Steuerfuss auf den gleichen Stand zu belassen und so eine indirekte Steuererhöhung durchzuführen?

Bei der Umsetzung der FABI-Vorlage hat der Grosse Rat beschlossen, dass der Abzug für den Arbeitsweg auf Fr. 7'000.00 begrenzt wird. Wie hoch wären hier die Mehrerträge der Gemeinde und wie viele Steuerzahler betrifft das in Wettingen? Der TCS wünscht den Abzug auf Fr. 10'000.00 zu begrenzen. Wie hoch wäre hier dann noch der geschätzte Mehrertrag für die Gemeinde Wettingen?

2 Kreditabrechnung von Fr. 15'355'453.10 (inkl. MwSt.) für die Aufstockungen dreier Schulhäuser und bauliche Anpassungen in der Schulanlage Margeläcker und Fr. 420'228.95 (exkl. MwSt.) für die Photovoltaikanlage der Schulanlage Margeläcker (2015-0799)

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Bei diesem Traktandum geht es um die Kreditabrechnung von Fr. 15'355'453.10 (inkl. MwSt.) für die Aufstockungen dreier Schulhäuser und bauliche Anpassungen in der Schulanlage Margeläcker und in einem zweiten Teil um die Kreditabrechnung der Photovoltaikanlage der Schulanlage Margeläcker im Betrag von Fr. 420'228.95 (exkl. MwSt.). Bitte beachten Sie, dass die zwei Beträge nicht einfach addiert werden können (einmal mit, einmal ohne MwSt.). Wir werden beide Anträge behandeln und über beide Abrechnungen separat abstimmen.

Bürgler Philipp: Das Kreditbegehren für die Aufstockung der drei Schulhäuser der Schulanlage Margeläcker wurde dem Einwohnerrat am 14. März 2013 und dem Stimmvolk am 9. Juni 2013 vorgelegt und von diesen genehmigt. Die Schulraumplanung hat aufgezeigt, dass die Aufstockung der Schulhäuser im Margeläcker notwendig ist, damit der zusätzlich notwendige Schulraum sowie Gruppenräume für die Umstellung des Schulsystems von 5/4 auf 6/3 und die Sereal geschaffen werden können.

Die Bauarbeiten der Schulhäuser 2 und 3 haben in den Sommerferien 2013 begonnen, die Aufstockung des Schulhauses 1 im Sommer 2014. Die neuen Räumlichkeiten konnten im Februar 2015 bezogen werden. Gesamthaft schliesst das Bauprojekt mit einem

Aufwand von Fr. 15'355'453.10 (inkl. MwSt.) ab, mit einer Unterschreitung des Baukredits von 5.1 %. Bei Umbauten gestaltet sich die Berechnung des Aufwands oft schwieriger als bei einem Neubau. Bei der Aufstockung und der Erdbebensicherung sind jedoch keine Überraschungen aufgetreten und das Projekt konnte zusätzlich von einer guten Auftragsvergabe profitieren. Das Wettbewerbsprojekt wurde als Grundlage für das Kreditbegehren verwendet, welches weiter verfeinert wurde. Auf ein detailliertes Bauprojekt hat man aus Zeitgründen verzichten müssen. Von der neuen Schulraumplanung wird an dieser Stelle erwartet, dass der fehlende Schulraum künftig frühzeitig erkannt wird und somit mehr Zeit für die Erstellung eines Bauprojekts zur Verfügung steht. Ebenfalls lobenswert ist die konsequent geführte Kostenkontrolle, welche auch durch die tägliche Anwesenheit des Architekten auf der Baustelle gefördert wurde. So konnten bei baulichen Problemen stets kostengünstige Lösungen gefunden werden.

Aufgrund eines Missverständnisses ist die definitive Abrechnung für die Photovoltaikanlage nicht in der Abrechnung enthalten. Wir haben diese Kreditabrechnung in der Finanzkommission jedoch ebenfalls behandelt. Bei der Photovoltaikanlage belaufen sich die Kosten auf Fr. 420'228.95 (exkl. MwSt.). Damit liegen diese rund 26 % über dem bewilligten Kredit. Die Mehrkosten sind hauptsächlich durch die Erhöhung der Anlage von 127 kWp auf 158 kWp entstanden. Der entsprechende Mehrertrag durch die höhere Energieproduktion rechtfertigt jedoch die höheren Investitionskosten. Die Kosten für die Photovoltaikanlage, welche durch das EWW übernommen wurden, müssten konsequenterweise in der Gesamtkreditabrechnung enthalten sein. Wenn man die Kosten der Photovoltaikanlage in der Kreditabrechnung berücksichtigt, beträgt die Unterschreitung des Kredits Fr. 407'817.95, was rund 2.5 % entspricht.

Für die Photovoltaikanlage wurde zwischen dem EWW und der Einwohnergemeinde ein Dachnutzungsvertrag abgeschlossen. Die Dachnutzung erfolgt kostenlos. Mit der bevorstehenden Rechtsformänderung wäre auch in diesem Bereich eine wichtige Vorarbeit geleistet.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Kreditabrechnung von Fr. 15'355'453.10 (inkl. MwSt.) für die Aufstockungen dreier Schulhäuser und bauliche Anpassungen in der Schulanlage Margeläcker sei zu genehmigen (7:0 bei 7 Anwesenden).

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Kreditabrechnung von Fr. 420'228.95 (exkl. MwSt.) für die Photovoltaikanlage der Schulanlage Margeläcker sei zu genehmigen (6:0 bei 6 Anwesenden).

Egloff Martin: Es ist ein schöner Umbau einer bestehenden Anlage. Die Typologie erinnert etwas an die Philharmonie in Hamburg von Herzog & de Meuron, der Bau, welcher bereits heute in den Fachzeitschriften als Jahrhundertbau gehandelt wird. Wie in Hamburg, nur etwas weniger pompös, wird einem schlichten, bescheidenen, klassischen Bau eine Krone aufgesetzt. Mit viel Gespür haben die Architekten den Umgang mit einer bestehenden Substanz lehrbuchmässig demonstriert. Eine feine, harmonische Materialisierung verbindet sich unaufgeregt und mit viel Respekt mit dem Bestand. Das Fassadenblech scheint je nach Sonneneinstrahlung von grau bis blau in verschiedenen Nuancen und wirkt trotz günstigem Industrieblech ausgesprochen edel.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich spreche bewusst das optische Ergebnis an. Die Kosten können erst nach Beendigung des Neubaus Zehntenhof beurteilt werden, weil die Provisorien für beide Schulanlagen verwendet und die Kosten aufgeteilt werden. Aber bei einer grossen Reserve von 1 Mio. Franken, welche wir beim Schulhaus Zehntenhof haben, sollte eine Punktlandung oder eine kleine bis grössere Unterschreitung

des Kredits absolut im Bereich des Möglichen liegen.

Die Fraktion FDP befürwortet diesen Kredit im Sinne eines Zwischenberichts. Ich danke den am Bau beteiligten Firmen und vor allem den federführenden Architekten Eglin Schweizer für dieses Juwel.

Palit Orun: Die Fraktion GLP ist ebenfalls sehr erfreut, dass die Kreditabrechnung um 5.1 % resp. mit der Photovoltaikanlage um ca. 2.5 % unterschritten wurde. Wettingen erhält somit für die Sekundar- und Realschüler ein gemeinsames, für die Zukunft gerüstetes Schulhaus. Die Bildung ist für die GLP ein bedeutendes Themengebiet und Wettingen ist für die Bildung der beste Standort im Kanton Aargau. Das soll auch so bleiben. Die Infrastruktur rund um die Bildung ist für uns deshalb sehr wichtig. Wir sind für architektonisch schöne Bauten, aber nicht für Luxustempel.

Zurück zur erfreulichen Unterschreitung des Kredits: Insbesondere die günstige Vergabe verschiedener Arbeitsgattungen hat zu signifikanten Kosteneinsparungen geführt. Die GLP ist sehr darauf bedacht, dass bei Grossprojekten alles unternommen wird, um zumindest innerhalb des Kredits zu bleiben. Besser wäre natürlich noch, vertiefte Anstrengungen zu unternehmen, um weitere Kosten zu sparen. Die letzten Kreditabrechnungsunterschreitungen weisen eindeutig darauf hin, dass Grossprojekte (Bauten und Strassen) noch Potenzial für Kosteneinsparungen haben. Wettingen muss in der jetzigen finanziellen Situation jedes Projekt genau unter die Lupe nehmen, mit dem tägi steht das nächste ja schon an. Die GLP hofft, dass bei weiteren öffentlichen Gebäuden der Einsatz von Photovoltaik zum Standard wird. Die Fraktion GLP stimmt der Kreditabrechnung gerne zu.

Baumann Jürg: Wie in der Botschaft des Gemeinderats erwähnt, führte die Strukturänderung von 5/4 zu 6/3 zu einer Umverteilung der Schulstufen. Die Erweiterung der Schulhäuser haben die notwendigen Schulräume bereitgestellt.

Die Aufstockungen haben sich vollständig in die bestehenden Gebäude integriert, d.h. die Kuben erscheinen auch heute wie aus einem Guss. In den Metallverkleidungen ist auch das unterschiedliche Tageslicht erkennbar. Das Wettbewerbsprojekt wurde direkt umgesetzt, denn es wurde aus zeitlichen Gründen (fehlende Schulraumplanung) auf einen Projektierungskredit verzichtet. Aus dieser Sicht ist die Abrechnung mit einer Kreditunterschreitung als sehr erfreulich zu betrachten, das Kostencontrolling hat gegriffen. Die gewünschte 12-monatige Bauzeit, was als sehr sportlich zu bezeichnen ist, konnte nicht eingehalten werden, die Bauzeit betrug schlussendlich 18 Monate. Die Miete ab Bezug der Schulräume und der Rückbau der Vorbereitungsarbeiten für die Container wird in der Abrechnung Schulhaus Zehntenhof erscheinen. Abschliessend kann man sagen, das gesamte Projekt macht Freude.

Reinert Marie Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 freut sich ebenfalls über die Abrechnung und das erfreuliche Resultat. Der Bund der Schweizer Ingenieure und Architekten hat die Schulanlage Margeläcker mit seiner Aufstockung als ein Musterbeispiel in die "Tage der offenen Türen", wo sie die Schweizer Ingenieur- und Architektenkunst und -leistungsfähigkeit zeigen, aufgenommen. Auch das ist ein schöner Beweis für die Qualität. Besten Dank.

Läng Hanna: Während der Bauzeit standen die Schulhäuser ja nicht leer, sondern es wurde darin weiterhin unterrichtet. Wir haben gehört, dass die Realschüler im Zehntenhof waren, es gab aber auch solche, die in der Bezirksschule untergebracht wurden. Der Schulleiter ist mit dem Fahrrad zwischen den verschiedenen Standorten gependelt. An dieser Stelle ist es auch angebracht, dass wir den Lehrern, Schulleitern und Schülern für ihre Kooperation danken. Es ist nicht selbstverständlich, sie mussten auch in

saure Äpfel beissen. Zwei Schulen (Sek und Real) zu einer zusammenzuführen, die nicht im gleichen Schulhaus starten kann, ist nicht ganz einfach. Wir sind froh, dass wir so gut über die Runden kamen. Das zahlenmässige Ergebnis ist schön und freut mich auch, aber denken Sie auch an die Nutzerinnen und Nutzer der Schulanlage und was sie während dieser Zeit geleistet haben.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Die Kreditabrechnung von Fr. 15'355'453.10 (inkl. MwSt.) für die Aufstockungen dreier Schulhäuser und bauliche Anpassungen in der Schulanlage Margeläcker wird genehmigt.
2. Die Kreditabrechnung von Fr. 420'228.95 (exkl. MwSt.) für die Photovoltaikanlage der Schulanlage Margeläcker wird genehmigt.

3 Postulat der Fraktion FDP vom 24. Juni 2015 betreffend Aufzeigen der Kosten von Vorstössen; Bericht des Gemeinderats mit Antrag auf Abschreibung (2015-0573)

Haas Markus, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Die Geschäftsprüfungskommission hat anlässlich ihrer Sitzung vom 3. Mai 2016 das Postulat der Fraktion FDP betreffend Aufzeigen der Kosten von Vorstössen behandelt. Als Gäste waren Gemeindeammann Dr. Markus Dieth und seitens der Postulanten Fraktionspräsident Christian Pauli anwesend.

Das Argument des Gemeinderats mit den knapp bemessenen Ressourcen in der Gemeindeverwaltung hat die GPK nicht sonderlich überzeugt. Eine Ermittlung der Kosten hätte für die Verwaltung keinen enormen Mehraufwand gegeben. Wichtig erscheint der GPK jedoch, dass es nicht die Aufgabe der Verwaltung sein sollte, uns Einwohnerräte mit der Aufzeigung der Kosten zu weniger Vorstössen zu animieren. Es liegt an uns Einwohnerräten, nicht für jede Anfrage sofort einen Vorstoss einzureichen, welcher eigentlich mit einem Telefonat ins Rathaus (der Gemeindeammann steht sehr gerne zur Verfügung) hätte erledigt werden können. Es ist mir natürlich klar, dass ein Telefonat medial nicht so gut verkauft werden kann wie ein Vorstoss. Die GPK ist der Meinung, dass man eine Kollegin oder einen Kollegen ruhig einmal persönlich konfrontieren darf, wenn man der Meinung ist, dass er zu viele "unnötige" Vorstösse einreicht. So, wie wir es auch bis anhin handhabten. Die Situation im Grossen Rat hat ebenfalls aufgezeigt, dass ein Preisschild keine nachhaltige Senkung von Vorstössen zur Folge hat.

Die GPK folgt der Meinung des Gemeinderats einstimmig (bei 7 Anwesenden) und empfiehlt dem Einwohnerrat, auf die Erhebung und das Aufzeigen der Kosten von Vorstössen zu verzichten und das Postulat als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.

Pauli Christian: Die Fraktion FDP hatte sich am 12. November 2015 richtig gefreut, dass unser Postulat überwiesen worden ist. Von der vorliegenden Antwort sind wir nun ziemlich enttäuscht. Wir können es nicht ganz nachvollziehen, wie auch das Resultat der GPK. Wir haben uns mehr versprochen. Wir wollten Transparenz schaffen und sensibilisieren. Ich glaube, wir verpassen eine grosse Chance. Es wäre nämlich sehr interessant zu erfahren, wie viel gewisse Vorstösse kosten.

Als Beispiel nehme ich einen nachfolgenden Vorstoss: Das Postulat von Leo Scherer betreffend Abklärung der Strahlenbelastung im Falle eines plötzlichen und vollständigen Versagens im Atomreaktor Beznau-1. Wenn wir dieses heute überweisen, wird dies wohl einiges kosten. Ich telefonierte heute Nachmittag mit dem ENSI. Leider bin ich nur bis zum Pressesprecher gelangt, aber er schickte mir verschiedene Links und ich verfüge nun doch über ein Dokument von 44 Seiten, welches praktisch alles beantwortet, vielleicht nicht gerade über 50 Jahre, wie es Leo Scherer verlangt. Ich denke, das ist auch etwas weit vorausgeschaut, das wird uns dann nicht mehr interessieren. Ich stelle die Unterlagen Leo Scherer gerne zur Verfügung. Vielleicht ändert er in den nächsten 10 Minuten seine Meinung und zieht sein Postulat zurück.

Wir halten in beiden Punkten an unserem Postulat fest. Man hätte z.B. ein Versuchsprojekt durchführen können, vielleicht für ein halbes Jahr oder 10 Geschäfte, aber dass es vollumfänglich abgelehnt wird, finde ich schade.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Wir haben uns nach der Entgegennahme nochmals vertieft mit dieser Frage auseinandergesetzt und lange diskutiert, wie weit überhaupt ein solcher Bericht erstattet werden soll, denn es geht letztlich ja um die Frage Ihrer Rechte und nicht die Rechte des Gemeinderats. Da sollte sich die Exekutive eher zurückhalten. Daher werde ich auch nur kurz dazu Stellung nehmen, um den Bericht zu erläutern.

Wir haben das Ziel des Postulanten gerade nochmals gehört: Es soll eine Sensibilisierung passieren. Das ist grundsätzlich verständlich, aber nicht im Interesse aller. Jemand, der gerne viele Vorstösse einreicht, möchte wohl nicht sensibilisiert werden. Der Gemeinderat hat hinter der beabsichtigten Wirkung im Ziel, aus der Erfahrung im kantonalen und anderen Parlamenten, ein Fragezeichen gesetzt. Die Erhebung der Kosten und die anschliessende statistische Auswertung sind durchaus möglich. Wenn Sie das wollen, dann werden wir das selbstverständlich machen. Es ist auch nicht mit einem riesigen Aufwand verbunden. Die Postulanten wollen mit dem Aufzeigen der Kosten von Vorstössen eine Sensibilisierung erreichen, dahinter setzen wir ein Fragezeichen.

Wir haben uns mit einem zweiten Aspekt auseinandergesetzt. Die Vorstösse sind Ihre Möglichkeiten, Instrumente und Rechte im Parlament. Damit können Sie direkt Einfluss nehmen auf die Führung der Gemeinde, auf die Führung der Exekutive. Sie können sagen, wie Sie es haben möchten. Diese Möglichkeiten, wie wir sie in der Schweiz haben, sind einzigartig. Sie sind von nichts abhängig, egal was es kostet. Diese Möglichkeiten betrachtet der Gemeinderat als sehr wertvoll. Deshalb ist der Gemeinderat in der Beurteilung auch eher zurückhaltend bei einer Empfehlung, bei welcher Sie sich selber einschränken würden. Wenn Sie dies jedoch möchten, sträuben wir uns keineswegs dagegen. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, auch nicht anschliessend zu den Fraktionsvoten. Wir werden selbstverständlich umsetzen, was Sie beschliessen.

Pauli Christian: Ich möchte nochmals betonen, die Transparenz ist uns das Wichtigste. Es geht um den Preis. Die Sensibilisierung ist ein Nebenprodukt, welches wir auch als wichtig erachten, aber es geht eigentlich um den Preis. Ihr geht alle in die Migros und kauft eine Zahnbürste. Sie ist angeschrieben mit Fr. 2.90. Wenn sie auf Fr. 3.20 oder auf Fr. 4.00 aufschlägt, geht Ihr trotzdem in die Migros und kauft die Zahnbürste. Wir wollen einfach wissen, was es kostet.

Weiter möchte ich betonen, dass Ihr alle wisst, dass wir von der FDP die Demokratie sehr hoch schätzen, dass dies schon so lange ein Gedankengut von uns ist wie wohl von keiner anderen Partei hier im Saal und dass wir Liberale die Demokratie leben, das muss ich an dieser Stelle wirklich betonen.

Benz Thomas: Ich bin dankbar für das vorerwähnte Beispiel mit der Zahnbürste. Es wäre schön, wenn man etwas kaufen kann, was bereits mit einem Preisschild versehen ist und man beim Kauf weiss, wie viel es kostet. Bei der Zahnbürste geht das, beim Vorstoss erhalte ich das Preisschild leider erst zwei bis drei Jahre später, wenn es mir eigentlich nichts mehr nützt. Gerade hier haben wir von der Fraktion CVP ein grosses Fragezeichen bei der Transparenz.

Für die Fraktion CVP ist völlig nachvollziehbar, weshalb dieses Postulat eingereicht wurde. Es ist teilweise eine Unzufriedenheit vorhanden, wenn eine Flut von subjektiv gesehen unsinnigen Vorstössen eingereicht wird. Wir haben diese Thematik ausführlich besprochen und haben festgestellt, dass es zum Glück ein demokratisches Grundrecht ist, dass wir so viele Vorstösse einreichen dürfen wie wir wollen, egal was es kostet. Dieses Recht hat man sich in der Schweiz erkämpft und wir gewichten dies hoch. Ganz wichtig ist der gesunde Menschenverstand, den wir im Alltag eigentlich immer brauchen. Es ist natürlich wichtig, dass wir diesen auch bei den Vorstössen brauchen. Wir sind auch der Meinung, dass es richtig ist, auch einmal den Telefonhörer in die Hand zu nehmen und eine Frage auf diesem Weg zu klären anstatt einen Vorstoss einzureichen. Der Gemeinderat und auch der Einwohnerrat darf zudem jederzeit einen Vorstoss ablehnen statt zu überweisen, sei es aus politischer oder Kosten-Nutzen-Sicht.

Beim Thema Kosten-Nutzen kommen wir auf den Antrag des Gemeinderats zurück: Die Umsetzung des Postulats würde uns mit Sicherheit wieder etwas mehr Bürokratie bescheren. Es gibt Mehraufwand, die Kosten zu erfassen. Ob diese dann transparent sind, bezweifle ich. Wenn am Schluss einfach der Betrag Fr. 50'000.00 steht, frage ich mich, woher diese Kosten kommen, also müssen diese wieder begründet werden können. Es braucht präzise Arbeit, wenn man aus diesen Zahlen schlussendlich etwas herauslesen will.

Was haben wir davon? Vielleicht ein paar Monate oder Jahre später erhalten wir das Preisschild mit den ungefähren Kosten. Dann können wir uns fragen, was wir nun mit dieser Zahl machen sollen. Muss man ein schlechtes Gewissen haben, wenn es mal etwas mehr gekostet hat? Gibt es irgendwann eine Hitparade, welcher Einwohnerrat am wenigsten Geld gebraucht hat? Oder darf man nach Erreichen des Betrags x keine Vorstösse mehr einreichen? Ist ein günstiger Vorstoss besser als ein teurer? Muss der Gemeinderat die Kosten begründen können? Wir sind überzeugt, dass der Einwohnerrat mit einem Preisschild gar nichts anfangen kann. Es bringt keinen Mehrnutzen, aber Mehraufwand. Wir stecken in der LOVA, sind daran, überflüssige Prozesse und Leistungen zu lokalisieren und wenn möglich zu eliminieren. Weniger Bürokratie ist ja auch ein wichtiges Kernthema der FDP, keine "Nice to haves" hört man auch immer wieder. Aufgrund dieser Argumente ist die CVP der Überzeugung, dass der Gemeinderat die richtigen Anträge gestellt hat.

Ich möchte nochmals erwähnen, der gesunde Menschenverstand ist wichtig, einen Vorstoss im Zweifelsfall mal nicht überweisen. Bisher herrschte eher die Mentalität, dass wir mal alles überweisen, was nicht tragisch ist. Und es gehört auch dazu, dass man sich vor der Einreichung eines Vorstosses überlegt, wieviel Aufwand und Prozesse dieser in der Verwaltung auslösen wird.

Wir hoffen, dass die Mehrheit unseren Argumenten folgt. Die Fraktion CVP unterstützt die Anträge des Gemeinderats.

Scherer Kleiner Leo: Geschätzter Christian Pauli, dass Ihr mich als Beispiel ausgewählt habt, ist ja offensichtlich und klar. Jemand, der am weitesten weg von Eurer Posi-

tion steht. Das kann ich ja nachvollziehen. Jedoch glaube ich, dass das von Dir gewählte Beispiel ziemlich schlecht ist. Bevor ich diesen Vorstoss geschrieben und eingereicht habe, suchte ich das Gespräch mit unserem Gemeindeammann und sagte ihm, eigentlich müsste man beim ENSI jetzt mal nachfragen, welche Strahlenbelastung die Gemeinde Wettingen trifft, wenn das eintritt, was meines Wissens in keinem Unfall-Szenario enthalten ist, nämlich ein plötzliches schnelles Versagen des maroden Druckgefässes des Reaktorblocks 1. Ich habe die Unterlagen von Christian Pauli nur kurz diagonal ansehen können, aber ich glaube, in diesen 44 Seiten ist sehr viel gerechnet, aber genau das von mir erwähnte Unfall-Szenario ist nicht enthalten. Deshalb bin ich der Meinung, dass man das ENSI dazu bewegen können sollte, etwas zu machen, was man bisher noch nicht weiss.

Weiter möchte ich erwähnen, dass bei Eurem Vorstoss die Kosten, die in unserer Gemeinde anfallen, erhoben werden sollen und nicht Kosten irgendwo ausserhalb. Die Kosten, die mein Vorstoss in unserer Verwaltung auslöst, sind im Wesentlichen die Kosten für das Schreiben eines Briefes ans ENSI. Anschliessend ist es die Sache unserer Atomaufsichtsbehörde, das zu machen, was der Gemeinderat aufgrund meines Vorstosses abfragt. Jetzt kann man vielleicht noch einen knappen kurzen Vergleich machen zwischen den Kosten, die es verursacht, die Kosten auszurechnen und aufgrund dieser Erkenntnis vielleicht dafür zu sorgen, dass der Unfall nicht passiert, und den Kosten, welche verursacht würden, wenn der Unfall tatsächlich passieren würde. Dann sind wir wahrscheinlich in der Grössenordnung von 10^6 bis 10^9 zwischen den Vorstosskosten und den vermiedenen Schadenkosten.

Burger Alain: Vorneweg möchte ich erwähnen, einfach zum Telefonhörer greifen und die Verwaltung anrufen: Seien wir uns bewusst, auch das verursacht Kosten, denn sie arbeiten dann genau gleich viel, ob wir es schriftlich einreichen oder zum Telefon greifen. Unsere Verwaltung arbeitet viel, aber das vergessen wir gerne, vor allem wenn es um LOVA und Budget geht, aber das ist ein anderes Thema.

Ich finde es gut, dass man mit dem Vorstoss der FDP mehr Kostentransparenz schaffen will. Wenn es jedoch darum geht, durch ein Preisschild einzelne Einwohnerräte dazu zu bringen, weniger Vorstösse einzureichen, denke ich nicht, dass dies funktionieren würde. Ich setze hier lieber weiterhin auf Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein. Das sollte man von einem gewählten Mitglied des Einwohnerrats ja auch erwarten können. Transparenz haben wir ein Stück weit bereits. Auf der Homepage der Gemeinde Wettingen kann jeder und jede nachsehen, wer wann und wie viele Vorstösse eingereicht hat. Ich überlasse es also gerne den Wählerinnen und Wählern zu entscheiden, was zu viel, was zu wenig oder was genau richtig gewesen ist und welche Vorstösse sinnvoll oder sinnlos gewesen sind.

Man kann sich auch anders fragen: Weshalb gibt es eigentlich so viel mehr Vorstösse? Ist es wirklich nur die Profilierung Einzelner in einem Wahlkampfjahr oder gibt es noch andere Gründe? Vielleicht ist es ja auch ein Zeichen, dass der Gemeinderat in Wettingen vor allem verwaltet und sich einige Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte eine durchaus aktivere Regierungspolitik wünschen. Bei dieser ganzen Diskussion finde ich es übrigens schade, dass es nur um die Quantität der Vorstösse geht und wir nicht über die Qualität sprechen. Das wäre auch einmal eine spannende Debatte, passt aber nicht hierher. Ich werde mich bei diesem Postulat enthalten, denn gegen Kostentransparenz an sich habe ich nichts, allerdings sehe ich den Nutzen nicht.

Ich möchte noch eine Anmerkung machen: Demokratie hat ihren Preis, das ist mir klar. Was wir hier machen, kostet den Steuerzahler Geld, aber Demokratie, und das ist für mich noch viel wichtiger, hat einen Wert, und dieser lässt sich nicht beziffern, auch

nicht mit einem Preisschild unter jedem Vorstoss.

Scheier Ruth Jo.: Ich bin Mitglied des Grossen Rats, wo die Kosten für die Vorstösse ja bereits ausgewiesen werden. Die Erfahrungen zeigen, dass diesen Kosten keine grosse Beachtung geschenkt wird. Man erhält Beachtung, wenn man politische Vorstösse einreicht, es ist ja auch ein politisches Mittel. So frei nach dem Motto "Tue Gutes und sprich darüber" hat es natürlich mehr Aussenwirkung, wenn man einen Vorstoss einreicht als wenn man heimlich und still arbeitet, das nimmt dann niemand wahr. Somit ist ein Vorstoss ganz klar auch ein Wahlkampfmittel oder ein politisches Mittel, um Aufmerksamkeit für ein bestimmtes Thema zu wecken. Die Statistiken zeigen somit auch klar, dass die Vorstossflut in Wahljahren immer ausgeprägter ist als sonst.

Was verursacht denn aber die grossen Kosten? Der Vorstoss selber oder dessen Beantwortung ist ein kleiner Teil. Die richtig grossen Kosten entstehen, wenn ein Vorstoss überwiesen wird, bearbeitet wird, im Parlament zwei oder drei Mal beraten wird und am Schluss vielleicht sogar eine Volksabstimmung nötig wird. Wir werden jetzt am 5. Juni auch wieder über einen solchen Vorstoss abstimmen. Wir werden sehen, ob das Volk diesen Vorstoss korrigiert oder nicht, aber klar ist, dass dort die grossen Kosten angefallen sind und nicht bei der Beantwortung des Vorstosses.

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Noch eine kleine Anmerkung meinerseits: Ich denke mir, noch frustrierender ist, wenn man einen Vorstoss einreicht, dieser bearbeitet wird, dann merkt man im Rat, dass man ihn nicht durchbringt und ihn zurückziehen muss. Das ist ganz hart für diejenigen, die viel dafür gearbeitet haben.

Palit Orun: Die Fraktion GLP stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Vieles wurde dazu bereits erwähnt. Vielleicht doch noch kurz ein paar Worte dazu: Falls die unnötige Flut von Vorstössen nicht abnimmt, können wir uns gut vorstellen, in Zukunft wieder auf dieses Thema zurückzukommen. Auch hat die Verwaltung die Möglichkeit, bei der ersten Stellungnahme die Antworten nicht so detailliert auszuarbeiten und sich erst nach der Überweisung des Postulats vertiefter mit den Fragen zu beschäftigen.

Czerwenka Holger: Ich möchte mein Statement kurz halten, damit es nicht zu viel kostet: Ich glaube, einen Preis braucht es dann, wenn ein Markt vorhanden ist. Bei politischen demokratischen Grundrechten gibt es keinen Markt. In diesem Sinn werden wir dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja : 16 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

1. Auf die Erhebung und das Aufzeigen der Kosten von Vorstössen wird verzichtet.
2. Das Postulat der Fraktion FDP vom 24. Juni 2015 betreffend Aufzeigen der Kosten von Vorstössen wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.

4 Postulat Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Dezember 2014 betreffend gestaffelte Schulraumplanung im Hinblick auf die Nutzung „Gluri Suter Huus“; Rückzug (2014-1174)

Rey Philippe, Gemeinderat: Das Gluri Suter Huus ist ein wichtiges Haus und zwar aus verschiedenen Gründen und um verschiedene Bedürfnisse abzudecken. Insofern

hat sich der Gemeinderat gefreut, dass man wieder einmal über das Gluri Suter Huus gesprochen hat und würde sich freuen, wenn noch mehr Leute die Vernissagen besuchen würden.

Der Gemeinderat lehnt das vorliegende Postulat aus drei Gründen ab.

1. Es ist eine Frage der Priorisierung. Es ist wirklich ernsthaft zu überlegen, ob man bei der aktuellen Finanzlage 4 bis 5 Mio. Franken in die Hand nehmen will, um eine Anlage zu verändern, welche funktioniert. Die Durchmischung von Kultur und Bildung hat sich über Jahre hinweg bewährt. Sie ist zwar von der Infrastruktur her nicht optimal, aber die beiden Betriebe funktionieren.
2. Wir befinden uns aktuell mitten in einer Schulraumplanung, die vom Einwohnerrat im vergangenen Jahr bewilligt wurde. Diese ist bereits weit fortgeschritten. Am 16. Juni 2016 werden wir die ersten Resultate erhalten und voraussichtlich Ende Juli 2016 wird der Gemeinderat darüber orientiert, wie die Schulraumplanung aussehen könnte bis ins Jahr 2030. Daher macht es keinen Sinn, wenn man jetzt noch schnell etwas ändert, nur um etwas zu priorisieren, was bereits funktioniert.
3. Wir haben im Gluri Suter Huus einen Mischbetrieb, der gut funktioniert. Für den Kindergarten ist es etwas eng, auch für die Kultur ist es etwas eng, aber es geht. In diesem Sinne empfehlen wir die Ablehnung des Postulats.

Klasen Roland: Besten Dank für die Antwort. Ich bin froh, dass das Postulat in der Arbeitsgruppe Schulraumplanung besprochen wurde. Ich verstehe die Gründe, uns war es einfach ein grosses Anliegen, für das Projekt betreffend Gluri Suter Huus einzustehen, in der Sorge, dass dieses schubladisiert wird oder in Interessenkonflikte gerät, weil man keinen Platz findet oder nicht weiss, wo die Kindergärten platziert werden sollen.

Das Gluri Suter Huus ist ein wichtiges Haus und das Zentrum unserer Kulturmeile. Es ist auch wichtig, dass man unseren Kunsthändlern die Möglichkeit gibt, Kunstwerke einzukaufen für die Versteigerungen, damit die Gemeinde wieder vorwärts machen kann.

Die Fraktion SP/WettiGrünen zieht das Postulat zurück. Wir freuen uns auf eine baldige Eröffnung eines neuen Gluri Suter Hauses und zwei neuen Kindergärten an einer anderen Stelle in Wettingen.

5 Postulat Benz Andreas, CVP, vom 10. September 2015 betreffend Sportplätze – Planungssicherheit für unsere Wettinger Vereine; Überweisung (2015-0835)

Benz Andreas: Vorab möchte ich mich bedanken für die Entgegennahme und die Beantwortung des Postulats. Als Gemeinde mit dem selbsterklärten Ziel einer Sportstadt hätte ich mir jedoch eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem Postulat gewünscht. Die Beantwortung des Postulats ist ausschliesslich auf flächenintensive Sportarten wie Fussball oder Landhockey konzentriert und lässt ein klares Konzept, welches im Postulat gefordert wurde, sowie eine Bedürfnis- und Zielabfrage der Vereine vermissen. Kleinere Vereine, welche ebenso einen wichtigen Anteil daran haben, die Leitziele der Gemeinde mitzutragen, wurden gar nicht berücksichtigt. Es gibt in Wettingen mehrere Sportvereine, welche ihr Vereinsleben unter suboptimalen Trainings- und Wettkampfbedingungen bestreiten müssen. Durch eine saubere Planung mit einer echten Bedürfnis- und Zielabfrage könnten Synergien geschaffen, Kosten optimiert und Bedingungen verbessert werden. Dem Wert dieses Postulats wurde zu

wenig Rechnung getragen. Die Vielfalt der Wettinger Sportvereine muss gebührend mitberücksichtigt werden. Die Fraktion CVP setzt sich seit jeher für die lokalen Sportvereine ein, ob klein oder gross. Aus diesem Grund lehnt die Fraktion CVP die Abschreibung des Postulats ab und stellt den Antrag auf Nichtabschreiben. Lassen wir diesem Leitbild sportliche Taten folgen zum Wohl unserer Finanzen, unseren sozialen Strukturen und unseren Sportvereinen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sitzen nicht auf der Strafbank. Werden Sie aktiv, stehen Sie auf und wechseln Sie sich ein, für den Sport und unsere Zukunft. Danke.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Besten Dank für die positive Aufnahme des Berichts. In den Fraktionsberichten konnte man nachlesen, dass man nachvollziehen konnte, was wir im Bericht geschrieben haben betreffend Planungssicherheit für unsere Wettinger Vereine. Mindestens was der Text des Postulanten bezüglich "Entwicklung und allfällige Verlegung von Sportstätten in Wettingen mit zeitlicher Komponente aufzeigen" anbelangt, haben wir den Auftrag erfüllt. Das hat auch der Postulant zugestanden. Wir konnten Ihnen eine pragmatische Antwort geben über die räumlichen und siedlungspolitischen Auswirkungen, auch mit der zeitlichen Komponente, damit man hier eine gewisse Planungssicherheit hat. Die räumliche Antwort ist somit erfolgt. Wenn im Sinne des Postulanten die Erarbeitung eines langfristigen Konzepts, welches im Postulat aufgeführt ist, auch bezüglich Bedürfnisse und Ziele der lokalen Sportvereine noch gewünscht ist, dann ist dies in der vorliegenden Antwort natürlich nicht abgedeckt. Sofern der Einwohnerrat die Erarbeitung eines Konzepts wünscht, dürfen Sie natürlich folgerichtig das Postulat nicht abschreiben. Wenn dies gewünscht wird, wird der Gemeinderat diese Abklärungen selbstverständlich treffen.

Reinert Marie Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist voller Vertrauen in den Gemeinderat. Wenn vom Gemeinderat eine Begründung kommt, lesen und glauben wir diese grundsätzlich. Wir sind auch beim vorliegenden Bericht der Meinung, dass man viel daraus erfährt, die Sportvereine erfahren Dinge, die ihnen vorher nicht bekannt waren. Daher sind wir auch der Meinung, dass man dieser Abschreibung Folge leisten kann. Dass die vorliegenden Informationen nun als Antwort auf das Postulat von Andreas Benz an die Öffentlichkeit gelangen, hat mich doch etwas erstaunt. Wann hätten die Leute dies erfahren, wenn das Postulat nicht eingereicht worden wäre? Ich hätte mir vorgestellt, dass Informationen wie z.B. die Änderung der Planung der Kiesnutzung proaktiver kommuniziert würden.

Benz Andreas: Besten Dank an Marie Louise Reinert. Sie ist eigentlich auf meiner Position, vertritt es nur etwas anders. Auch ich habe vollstes Vertrauen in den Gemeinderat. Was wir hier aber wollen, ist ein langfristiges Konzept für die Vielfalt unserer Sportvereine. Daher danke ich Ihnen, wenn Sie die Nichtabschreibung unterstützen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat folgt mit 18 Ja : 25 Nein-Stimmen nicht dem Antrag des Gemeinderats und fasst stattdessen folgenden Beschluss:

Das Postulat Benz Andreas, CVP, vom 10. September 2015 betreffend Sportplätze - Planungssicherheit für unsere Wettinger Vereine wird überwiesen und nicht abgeschrieben.

6 Postulat Scherer Kleiner Leo, WG, vom 15. Oktober 2015 betreffend Abklärung der Strahlenbelastung im Falle eines plötzlichen und vollständigen Versagens im Atomreaktor Beznau-1; Überweisung (2015-0935)

Scherer Kleiner Leo: Ich stelle fest, dass das Dokument, welches mir Christian Pauli zur Verfügung stellte, tatsächlich aufschlussreich ist. Es enthält gewisse Informationen, jedoch nicht alle. Es ist ein Dokument, welches aufzeigt, wie hoch die Strahlenbelastung akut oder wenige Stunden oder Tage nach dem Unfall ist. Es ist die Basis für die Notfallschutzbehörde um zu entscheiden, ob die Bevölkerung die Jodtabletten einnehmen soll oder nicht. Das ist der wesentliche Inhalt dieses Dokuments.

Es ist ein Szenario enthalten, A6, welches möglicherweise in die Grössenordnung kommt wie dasjenige, welches ich abfrage. Was ich von der Atomaufsichtsbehörde wissen möchte aufgrund der aktuellen Situationen und aufgrund dessen, was wir über den Reaktorblock 1 und das Druckgefäss in Beznau wissen, ist: Was ist die Folge momentan, im ersten Jahr und aber auch in den nächsten 50 Jahren? Wir wissen, dass ein Atomkraftwerk-Unfall nicht anderthalb Stunden dauert und dann ist er vorüber, sondern er dauert Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte. Daher ist die Folgedosis für die nächsten 50 Jahre ausschlaggebend, ob wir alle zu Flüchtlingen werden oder ob wir hier bleiben können, weil es gesundheitlich bzw. strahlenmedizinisch noch einigermaßen vertretbar ist. Genau das muss man wissen, wenn man die Folgedosis berechnen muss. Diese ist natürlich extrem abhängig davon, welche radioaktiven Substanzen verbreitet werden und das möchte ich von unserer Atomaufsichtsbehörde tatsächlich gerne einmal hören. Was bedeutet es für mich? Was bedeutet es für uns alle hier in Wettingen? Wir sind immerhin die Vertreter von mehr als 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Ich glaube, dies ist eine Sicherheitsfrage, welche tatsächlich konkret und naheliegend ist. In meinem Vorstoss ist weiter ja enthalten, dass nach Vorliegen der Antwort die Bevölkerung auch entsprechend darüber informiert wird. Ich bedanke mich für die Entgegennahme.

Dieth Markus, Gemeindeammann: Ich möchte kurz erläutern, weshalb der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, Ihnen das Postulat zur Überweisung zu empfehlen. Wir sind der Auffassung, dass wir die Fragen ernst und nicht auf die leichte Schulter nehmen sollen und dem Einwohnerrat wieder von unseren Abklärungen berichten wollen. Es ist ein Thema, welches die Bevölkerung beschäftigt und daher nicht als unnötig betrachtet wird. Es wird aber wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass wir nicht alleine zuständig sind, um die Frage beantworten zu können und nur auf die übergeordneten Stellen verweisen bzw. diesen die Frage weiterleiten können. Die Antworten werden wir in geeigneter Art und Weise sowohl Ihnen als auch der Bevölkerung zugänglich machen. Wenn Sie das Postulat ablehnen, hätte dies zur Folge, dass wir nichts machen und das Thema damit erledigt wäre, zumindest an der heutigen Sitzung.

Pauli Christian: Geschätzter Leo, ich danke Dir für Deine Ausführungen. Ich habe die Unterlagen, welche ich Dir zur Verfügung stellte, ebenfalls intensiv gelesen und bin auf über 50 Szenarien gekommen, wovon ein Szenario bei maximal Wind aus Nordwesten uns mit einem Rest streifen könnte. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass dieses Postulat etwas mehr kosten wird als eine Zahnbürste. Ich stelle den Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Benz Thomas: Ich rede jetzt nicht für die Fraktion, sondern für mich selber. Ich werde diesem Postulat nicht zustimmen, zwar nicht, weil ich das Thema schlecht finde, aber wir haben immer wieder regionale Dinge, die wir diskutieren. Wir haben bereits mehrmals betont, dass wir regional zusammenarbeiten wollen. Dies ist nun wirklich ein Thema, welches nicht nur Wettingen betrifft. Ich frage mich, wer die richtige Stelle ist, die das Ganze beantworten muss, und zwar für den ganzen Bezirk. Ich nehme an,

dass die Antwort auf diese Frage nicht nur Wettingen interessiert. Die Frage selber ist sicher interessant und darf durchaus gestellt werden, aber ich finde sie hier in Wettingen am falschen Ort. Wir haben auch Grossräte in unserem Rat, die sich der Sache annehmen könnten. Ich folge dem Antrag der FDP auf Ablehnung des Postulats.

Reinert Marie Louise: Ich komme zurück auf den Zahnbürsten-Vergleich: Vergleiche und Metaphern sind immer etwas heikel und ich schlüpfe jetzt zurück in meine Lehrerinnenrolle und erkläre noch einmal, wie das mit der Zahnbürste gemeint war. Leo Scherer sagte es bereits ganz deutlich. Es sind nicht Kosten, die der Gemeinderat oder die Verwaltung ausgeben wird. Der Gemeinderat schreibt einen Brief an eine kompetente Stelle, welche die Frage beantworten kann. Wenn Leo Scherer jetzt den Finger darauf hält und sagt, dass wir uns damit befassen müssen, der Gemeinderat zudem bereit ist, die Frage zu stellen, finde ich es richtig, die Frage zu klären. Die Frage wird ja dann nicht nur für Wettingen geklärt, der Rest der Region wird sich auch dafür interessieren. Ich finde es nicht sehr verantwortungsbewusst, wenn man dieses Postulat ablehnt.

Pauli Christian: Marie Louise Reinert, wer bezahlt Deiner Meinung nach denn die Klärung dieser Frage? Bist Du der Meinung, das ENSI arbeite gratis? Dann zahlt es eben der Kanton oder am Schluss der Bund. Es wird ein riesiger Töff aufgeblasen, weil man der Bevölkerung wieder Angst machen will, weil vielleicht Beznau-1 im Winter wieder ans Netz geht. Sie haben jedoch noch keine Bewilligung, es ist noch nichts entschieden. Ich glaube, es ist der falsche Moment, um etwas auszulösen, was am Schluss mehrere Hunderttausend Franken kostet.

Scherer Kleiner Leo: Zur Aussage, Wettingen sei nicht der richtige Ort: Ich habe diesen Vorstoss nach Obersiggenthal, nach Baden, befreundeten Grossrätinnen und Grossräten plus der Stadt und dem Kanton Zürich weitergeschickt, wo er meines Wissens auch eingereicht wurde. D.h. irgendwann wird das ENSI Briefe erhalten oder hat sie vom Kanton Zürich bereits erhalten und wird mit der Arbeit beginnen müssen.

Das ENSI hat in ihren Computern bereits Modelle, wo sie den Fall Beznau und den Fall des plötzlichen Versagens des Druckgefässes berechnen können. Das gibt Ergebnisse für das ganze Gebiet, wo sich die Radioaktivität hin verbreiten würde. Sie können es gar nicht nur für die Gemeinde Wettingen aufzeigen und werden es auch nicht machen. Es wird faktisch und technisch eine Aufbereitung der Information stattfinden, welche in diesem Sinne weder Gemeinde- noch Kantons- noch Landesgrenzen beachten wird. Aufgrund dieser Karte wird man herauslesen können, welche Auswirkungen dies auf die Gemeinde Wettingen haben würde.

Zur Frage, wer die Kosten übernimmt: Das ENSI beruht auf einem Gesetz. Aufgrund dieses Gesetzes müssen die Atomkraftwerkbetreiber in Form von Gebühren das ENSI finanzieren, damit dieses seinen Aufgaben nachkommen kann. Zu den Aufgaben des ENSI gehört nach unserer Atom-Gesetzgebung (welche auch von der FDP mitbeschlossen wurde) auch der Auftrag, die Bevölkerung über Gefahren und Zustand von Nuklearanlagen zu informieren. Daher verlange ich nur etwas, was eh schon ein gesetzlicher Auftrag ist und ich möchte, dass es jetzt aus aktuellem Anlass gemacht wird. Wir müssen uns vielleicht schon einmal vergegenwärtigen, dass das AKW Beznau das weltweit Älteste seines Typs ist. Was heisst das im Klartext? Man hat noch nie irgendwo mit einer solchen Anlage eine reale Betriebserfahrung gemacht. Das heisst mit anderen Worten, wir sind im Versuchsbetrieb und wir sind die Versuchskaninchen. Und als Versuchskaninchen möchte ich schon wissen, bei welchem Versuch ich dabei bin.

Benz Thomas: Es ist richtig, dass diese Frage beantwortet wird. Du hast erwähnt, dass Du den umliegenden Gemeinden Briefe verschickt hast. Genau das finde ich den falschen Weg. Man muss einen effizienten Weg finden, um zur Lösung zu gelangen.

Jetzt läuft dieser Vorstoss in verschiedenen Gemeinden. Ich weiss nicht, ob man es regional nicht lösen konnte oder ob die Grossräte, die Du auch in Deiner Fraktion hast, nicht bereit waren, den Vorstoss einzureichen. Es ist eindeutig ein Thema, welches regional gelöst werden muss. Es kann nicht sein, dass schlussendlich 20 Gemeinden den gleichen Brief schreiben müssen.

Merkli Michael: Als ich das Postulat von Leo Scherer das erste Mal gelesen habe, hatte ich zuerst auch eine ablehnende Haltung. Nachdem ich es etwas setzen liess, finde ich es mittlerweile einen hervorragenden Vorstoss. Ich möchte es auch wissen. Seine vorher ausgeführten Begründungen sind nachvollziehbar und bestärken mich in meiner Überzeugung, dass wir diese Antwort für unsere Einwohnerinnen und Einwohner wirklich brauchen. Ich sehe es nicht unbedingt als Nachteil, dass es auch andersorts eingereicht wurde. Es geht darum, dass wir unser Zeichen setzen beim ENSI und die Verantwortlichen mit einem gewissen politischen Gewicht um eine Antwort bitten. Das ist etwas anderes als wenn Einzelpersonen wie z.B. Leo Scherer oder Ruth Scheier ans ENSI gelangen. Das ENSI gibt dann wahrscheinlich schon eine Antwort, aber vielleicht werden dann einige Sachen aus dem Bericht, der Christian Pauli zur Verfügung gestellt wurde, herauskopiert und zugeschickt. Ich glaube, wir müssen ein Zeichen setzen für unsere Wettinger Bürgerinnen und Bürger, damit wir sehen, welchen Gefahren wir ausgesetzt sind. Vielleicht ist es auch gar nicht so schlimm. Entscheidend ist aber, dass wir wissen, welche Gefahr auf uns zukommen könnte, ob es überhaupt eine gibt oder nicht. Setzen wir heute ein Zeichen und überweisen dieses Postulat, damit das ENSI seine Arbeit macht und wir unsere Bürger informieren können, wie es im Ernstfall aussehen würde.

Schmidmeister Lea: Ich möchte kurz etwas zur Situation im Grossen Rat sagen: Es ist nicht so einfach, einen solchen Vorstoss durchzubringen, wie man ja bereits hier sieht. Im Grossen Rat hat die linke Seite einen schweren Stand.

Scherer Kleiner Leo: Meines Wissens wurde ein entsprechender Vorstoss im Grossen Rat eingereicht. Ob er schon bearbeitet wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Aber wie bereits gesagt, das Schicksal von Vorstössen im Grossen Rat ist ungewiss. Zudem haben wir keine Regionalstadt, wo ich meinen Vorstoss für die ganze Region hätte einreichen können, sondern wir sind in der Region in viele Gemeinden aufgesplittert. Also gibt es für Regionalfragen gar keinen anderen Weg als in möglichst vielen Gemeinden, welche zur Region gehören, sein Anliegen einzeln einzubringen. Weiter gehe ich schon ganz klar und pragmatisch davon aus, dass das ENSI nicht so blöd sein wird, dass sie bei fünf identischen Briefen die Berechnung der Strahlenbelastung fünf Mal machen werden, sondern dass die Berechnung einmal gemacht wird und danach auch die Gemeinden, welche nicht vorstellig geworden sind, die Auswertungen abfragen können.

Nur zu sagen, Wettingen sei der falsche Ort, um den Vorstoss einzureichen, ist etwas einfach. Thomas Benz, Du kannst mir auch nicht sagen, welches der richtige Ort wäre. Hätte ich den Vorstoss beim Bundesrat einreichen sollen, damit dieser das ENSI mit der Auswertung beauftragt? Ich wohne in Wettingen, bin hier Parlamentarier und habe hier meine Möglichkeiten, die ich genutzt habe. Nun hoffe ich sehr, dass ich nicht der Einzige bin, der diese Informationen haben möchte.

Scheier Ruth Jo.: Die Frage, welches der richtige Weg ist, um ein politisches Ziel zu erreichen, ist nicht so einfach zu beantworten. Es gibt verschiedene Wege, um zum Ziel zu gelangen. Für die Fraktion GLP ist es eine interessante Frage, die man stellen muss. Wenn die übergeordneten Stellen dies nicht tun wollen, dann müssen wir dies tun, wo wir es können, und das hier und heute im Einwohnerrat und im Grossen Rat werde ich es sicher auch unterstützen. Ich möchte die Information gerne haben und wenn das der Weg ist, wie wir diese erhalten, setze ich mich gerne dafür ein, insbe-

sondere, da der Gemeinderat ebenfalls bereit dazu ist.

Czerwenka Holger: Vorhin hat sich die FDP für Transparenz ausgesprochen. Ich finde es spannend, dass man jetzt diese Transparenz nicht haben möchte.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit Stichentscheid des Präsidenten (Abstimmungsergebnis 21 Ja : 21 Nein, bei 1 Enthaltung) folgenden Beschluss:

Das Postulat Scherer Kleiner Leo, WG, vom 15. Oktober 2015 betreffend Abklärungen zur Strahlenbelastung im Falle eines plötzlichen und vollständigen Versagens im Atomreaktor Beznau-1 wird überwiesen.

7 Postulat Fraktion CVP und Reinert Marie-Louise, EVP, vom 17. Dezember 2015 betreffend „Zukunft der Blasmusik-Kultur in Wettingen“; Überweisung (2015-5839)

Reinert Marie Louise: Musik ist für Wettingen ein wichtiger Kulturbereich, Nachwuchs, Jugendförderung, Förderung der Kinder ebenfalls. Die Postulanten freuen sich, dass der Gemeinderat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen und mit den verantwortlichen Leistungsträgern eine gute Lösung zu suchen und hoffentlich auch zu finden.

Rey Philippe, Gemeinderat: Ich benutze die Gelegenheit für ein Votum für die Musik. Mit grosser Freude hat der Gemeinderat zur Kenntnis genommen, dass man sich für die Blasmusik einsetzt. Da lachen die Trompeten, und zwar zehnfach. Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir haben proaktiv bereits weitergedacht und über diese Punkte möchte ich gerne kurz orientieren.

1. Am 17. Juli 2015 wurde im "Bund" ein Interview veröffentlicht mit CVP-Präsident Darbelley, der sagte: "Starre Strukturen ohne Mitspracherecht wirken oft abschreckend. Deshalb gibt es immer weniger Blasmusik-Interessenten."
2. Im Juli 2014 mussten wir dem Tambourenverein mitteilen, dass wir diesen in der Musikschule nicht prioritär behandeln und unterstützen bzw. Mitglieder werben können.
3. Am 21. April 2016 war in der Aargauer Zeitung zu lesen: "Untergang mit Pauken und Trompeten. Trotz Fusion hat sich die Spielgemeinschaft Würenlos-Neuenhof aufgelöst."
4. Im Herbst 2015 wurden alle musikalischen Aktivitäten der Jugendmusik Wettingen eingestellt. Das Korps wurde aufgelöst aufgrund des Mitgliederschwunds.
5. An der Musikschule Wettingen werden 330 Kinder und Jugendliche unterrichtet, die sich für Zupf- und Saiteninstrumente interessieren und nur 10 für Blasmusik.

Soweit zu den Realitäten und Tatsachen. Aber:

6. Wir freuen uns, dass aus dem Einwohnerrat, von den gleichen Leuten notabene, die die Gebühren der Musikschule erhöht haben, jetzt gefordert wird, dass die Musikschule die Blasmusik fördern soll. Das nehmen wir sehr gerne zur Kenntnis, denn das zeigt uns, dass die Musikschule in der Zwischenzeit doch mehr Wert erhalten hat. Daher haben wir uns voller Elan mit einigen Leuten zusammengesetzt,

um zu beraten, was man machen könnte.

7. Wenn jeder meint, er könne sein prioritäres Interesse über eine Schule abwickeln (z.B. der Sanitärverband findet, man soll im Werkunterricht mehr Rohre biegen, weil es zu wenig Sanitär-Lehrlinge gibt, im Turnen soll man mehr Karate machen, weil es im Karate-Club zu wenig Mitglieder hat, in der Pfadi hat es auch zu wenig Mitglieder, also muss man in der Schule lernen, Feuer zu machen), dann geht das schlichtweg nicht. Bei der Musikschule hingegen haben wir bereits Ensembles und Blasmusik-Lehrer, so dass eine Struktur vorhanden ist, die eine Umsetzung ermöglichen könnte.
8. Das Postulat wird vom Gemeinderat entgegengenommen und es wird ein Pilotprojekt vorbereitet.
9. Wenn der Einwohnerrat dem Pilotprojekt, was mit zusätzlichen Kosten verbunden sein wird, im Rahmen des Budgets zustimmt, kann das Pilotprojekt umgesetzt werden.
10. Das Pilotprojekt könnte auf das Schuljahr 2017/2018 gestartet werden.

Ich habe die 10 Punkte erwähnt um festzuhalten, dass wir das Postulat gerne entgegennehmen, andererseits um Euch bewusst zu machen, dass Ihr dem entsprechenden Budget dann hoffentlich ebenfalls zustimmt wie jetzt der Überweisung des Vorstosses.

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Ich bin jetzt etwas verwirrt. Setzt mich das nun unter Druck, wenn ich der Überweisung des Postulats zustimme, dass ich dann auch den 10 ausgeführten Punkten zustimmen muss? Ich nehme zur Kenntnis, dass dem nicht so ist.

Es gibt keine Wortmeldungen aus den Fraktionen. Somit ist die Überweisung nicht bestritten.

Koller Paul, Einwohnerratspräsident: Die nächste Sitzung findet am 23. Juni 2016 statt. Ich danke für die speditive Durchführung der heutigen Sitzung und wünsche allen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 20.40 Uhr

Wettingen, 19. Mai 2016

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Der Präsident

Paul Koller

Die Aktuarin:

Barbara Wiedmer